

Satzung „Aktionskreis gegen Produkt- und Markenpiraterie e. V.“

Präambel

Produkt- und Markenpiraterie richten in steigendem Maße außerordentlichen einzel- und volkswirtschaftlichen Schaden an. Sie haben erhebliche negative Auswirkungen für die Verbraucher und führen zu spürbaren gesellschaftspolitischen Problemen. Die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigungssituation werden deutlich beeinträchtigt.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Deutsche Industrie- und Handelstag (jetzt: DIHK) und der Markenverband haben sich aus diesen Gründen entschlossen, die Gründung eines „Aktionskreises der Deutschen Wirtschaft gegen Produkt- und Markenpiraterie e.V. (APM)“ vorzuschlagen. Damit soll für Deutschland eine Institution zur wirksameren Bekämpfung dieser Form der Wirtschaftskriminalität geschaffen werden, wie sie vergleichbar in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft bereits bestehen.

§ 1 Name, Sitz und Rechtsform

1. Der Verein führt den Namen „Aktionskreis gegen Produkt- und Markenpiraterie e.V. (APM).“
2. Sitz des Vereins ist Berlin.

§ 2 Zweck des Vereins

1. Der Verein „Aktionskreis gegen Produkt- und Markenpiraterie e.V. (APM)“ verfolgt den Zweck, auf die Einhaltung der Vorschriften zum Schutz des geistigen Eigentums hinzuwirken, die Beteiligten am Wirtschaftsleben vor Verletzungen dieser Vorschriften zu schützen und die Wirtschaftskriminalität auf diesem Gebiet zu bekämpfen.

Diesem Zweck dienen vornehmlich folgende Maßnahmen:

- a) Information, Beratung und Unterstützung bei der Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie und entsprechende Publikationen und Interessenvertretung im Bereich der Politik und Wirtschaft
- b) Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches zwischen den Beteiligten am Wirtschaftsleben, Veranstaltung von Seminaren.
- c) Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Geltendmachung der gewerblichen Schutzrechte und anderer dem Schutz kommerzieller Leistungen dienenden rechtlichen Grundlagen.
- d) Verfolgung von Verstößen gegen gewerbliche Schutzrechte sowie von Wettbewerbsverstößen, die im Zusammenhang mit gewerblichen Schutzrechten stehen

Satzung „Aktionskreis gegen Produkt- und Markenpiraterie e. V.“

- e) Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Organisationen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes
 - f) Dokumentation
 - g) Öffentlichkeitsarbeit.
2. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 3 Mitgliedschaft

- 1. Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen, insbesondere solche, die Inhaber oder Lizenznehmer gewerblicher Schutzrechte sind, werden, welche bereit und interessiert sind, den Zweck des Vereins nach § 2 zu fördern.
- 2. Aufnahmeanträge sind an die Geschäftsführung zu richten. Diese unterrichtet die Mitglieder des Vereins über die Aufnahmeanträge. Einwände gegen die Aufnahme des neuen Mitgliedes sind der Geschäftsführung spätestens 14 Tage nach Eingang des Unterrichtungsschreibens schriftlich einzureichen. Erst nach Ablauf dieser Frist entscheidet der Vorstand über die Aufnahme.
- 3. Die Aufnahme ist erst vollzogen, wenn der erste Vereinsbeitrag entrichtet wurde.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 1. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen des Vereins zu nutzen und seine Unterstützung im Rahmen der satzungsgemäßen Aufgaben des Vereins in Anspruch zu nehmen.
- 2. Die Mitglieder haben die Geschäftsführung über ihre Erfahrungen im In- und Ausland mit der Verfolgung von Pirateriefällen zu unterrichten. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sollen möglichst allen Mitgliedern zugute kommen.
- 3. Die Mitarbeiter des Vereins üben ihre Tätigkeit nach dem Grundsatz strikter Objektivität, Unparteilichkeit und Vertraulichkeit aus. Dies gilt sowohl gegenüber dem Vorstand als auch gegenüber den Mitgliedern des Vereins.

§ 5 Erlöschen/Verlust der Mitgliedschaft

- 1. Die Mitgliedschaft erlischt durch:
 - a) Auflösung der juristischen Person,
 - b) Tod des Mitglieds,
 - c) Austritt,
 - d) Ausschluss,
 - e) Verlust der Rechtsfähigkeit.

Satzung „Aktionskreis gegen Produkt- und Markenpiraterie e. V.“

2. Der Austritt ist dem Geschäftsführer durch eingeschriebenen Brief mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende des Geschäftsjahres zu erklären.
3. Der Ausschluss darf nur erfolgen, wenn das Mitglied:
 - a) seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Verein trotz schriftlicher Mahnung 6 Monate nach Fälligkeit nicht nachgekommen ist,
 - b) dauernd zahlungsunfähig ist,
 - c) die Fähigkeit verloren hat, öffentliche Ämter zu bekleiden,
 - d) gegen den Zweck des Vereins verstoßen, dessen Ansehen geschädigt oder sich sonst als Mitglied des Vereins unwürdig erwiesen hat.
4. Über den Ausschluss des Mitgliedes entscheidet der Vorstand.

§ 6 Finanzierung und Geschäftsjahr

1. Die Haushaltsmittel des Vereins werden aufgebracht durch:
 - a) Mitgliedsbeiträge,
 - b) Förderbeiträge,
 - c) Leistungsentgelte.
2. Über die Höhe und die Fälligkeit der Mitgliedsbeiträge entscheidet die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung
2. der Vorstand
3. der Geschäftsführer
4. das Kuratorium

§ 8 Vorstand

1. Den Vorstand bilden
 - der Vorsitzende
 - zwei stellvertretende Vorsitzende
 - bis zu 4 weitere Mitglieder.
2. Bei der Besetzung des Vorstandes sollen die im Verein vertretenen Wirtschaftszweige möglichst ausgewogen berücksichtigt werden.
3. Dem Vorstand gehören je eine vom
 - BDI
 - DIHK und
 - Markenverband

Satzung „Aktionskreis gegen Produkt- und Markenpiraterie e. V.“

benannte Persönlichkeit an.

4. Vorstand i. S. von § 26 BGB sind der Vorsitzende und seine beiden Stellvertreter. Die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins gemäß § 26 BGB erfolgt durch den Vorsitzenden zusammen mit einem seiner Stellvertreter oder durch beide Stellvertreter zusammen.
5. Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Der gewählte Vorstand bleibt bis zur Neuwahl eines Vorstandes im Amt.
6. Der Vorstand wählt aus seinen Mitgliedern den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.
7. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vor Ablauf seiner Amtszeit aus, kann der Vorstand für den Zeitraum bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung weitere Vorstandsmitglieder kooptieren.

§ 9 Rechte und Pflichten des Vorstandes

1. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Organ des Vereins übertragen sind. Er hat die Geschäfte des Vereins so zu führen, dass der Vereinszweck bestmöglich verwirklicht wird. Er bestimmt über die Verwendung der Mittel. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Beschlussfassung über die Vorlage des Haushaltsplans und des Jahresabschlusses,
 - b) Beschlussfassung über die Aufnahme sowie über den Ausschluss von Mitgliedern aus der Mitgliederliste.
 - c) Bestellung, Abberufung und Überwachung der Geschäftsführung. Die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung erfolgt durch einstimmige Entscheidung des Vorstands i.S.v. § 26 BGB.
2. In Angelegenheiten von besonderer Bedeutung soll der Vorstand dem Kuratorium Gelegenheit zur Stellungnahme geben.
3. Der Vorstand ist - abweichend von § 13 Ziffer 5 - ermächtigt, im Zuge des Eintragungsverfahrens Änderungen der Satzung, die das Registergericht oder die Finanzverwaltung für zweckdienlich ansehen, vorzunehmen.

§ 10 Beschlussfassung des Vorstandes

1. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder eingeladen sind und mindestens drei Mitglieder neben dem Vorstandsvorsitzenden oder einem seiner Vertreter anwesend sind.
2. Der Vorstand entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Beschlüsse können im schriftlichen Umlaufverfahren oder in Eilfällen auf telefonischem Wege herbeigeführt werden; im letzteren Fall ist die schriftliche Bestätigung erforderlich.

3. Über das Ergebnis der Vorstandssitzung ist Protokoll zu führen. Das Protokoll ist vom Schriftführer zu unterzeichnen und allen Vorstandsmitgliedern zuzuleiten.

§ 11 Kuratorium

1. Im Kuratorium sollen Organisationen und Berufsgruppen sowie Verwaltungseinrichtungen vertreten sein, die sich in besonderem Maße der Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie verpflichtet fühlen.
2. Die Mitglieder des Kuratoriums werden auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 5 Jahren gewählt. Das gewählte Kuratorium bleibt bis zur Neuwahl im Amt.
3. Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

§ 12 Rechte und Pflichten des Kuratoriums

1. Das Kuratorium berät den Vorstand in allen Angelegenheiten von besonderer Bedeutung. Es kann Vorschläge zur Beratung im Vorstand oder in der Mitgliederversammlung unterbreiten.
2. Das Kuratorium soll einmal im Jahr oder bei Bedarf zusammentreten. Eine Sitzung ist einzuberufen, sofern 5 Mitglieder des Kuratoriums dies verlangen. Für die Ladungsfristen und das Abstimmungsverfahren gelten die Regelungen zur Mitgliederversammlung entsprechend.

§ 13 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung
 - a) wählt den Vorstand,
 - b) wählt die beiden Rechnungsprüfer für den Jahresabschluss,
 - c) erteilt dem Vorstand und der Geschäftsführung Entlastung,
 - d) genehmigt den Haushaltsplan und den Jahresabschluss,
 - e) beschließt die Beitragsordnung und
 - f) beschließt die Satzungsänderungen.
2. Die Mitgliederversammlung soll mindestens einmal im Laufe eines Geschäftsjahres stattfinden. Sie wird vom Vorsitzenden oder einem seiner Stellvertreter geleitet.
3. Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn der Vorstand oder mindestens 1/3 der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung verlangen.
4. Der Vorstand stellt die Tagesordnung für die Mitgliederversammlung auf und beruft diese durch besondere schriftliche Einladung der Mitglieder unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Die Einladung soll 3 Wochen vor der Sitzung erfolgen.

Satzung „Aktionskreis gegen Produkt- und Markenpiraterie e. V.“

5. Bei Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der erschienenen Mitglieder, bei Stimmengleichheit die Stimme des Leiters der Mitgliederversammlung. Bei Satzungsänderungen ist eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen erforderlich. Dies gilt in Abänderung von § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB auch für die Änderung des Vereinszwecks. Mitglieder nach § 3 des Vereins können sich durch einen schriftlich Bevollmächtigten vertreten lassen.
6. Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind zu protokollieren und vom Vorstandsvorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen und den Mitgliedern bekannt zu geben.

§ 14 Rechte und Pflichten der Geschäftsführung

1. Der Geschäftsführer führt die laufenden Geschäfte der Verwaltung und die Vereinskasse.
Im Rahmen der laufenden Geschäfte der Verwaltung ist der Geschäftsführer besonderer Vertreter im Sinne von § 30 BGB und allein vertretungsberechtigt.
2. Der Geschäftsführer ist in Abstimmung mit dem Vorstand auch für die Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie die Aufstellung der Tagesordnung verantwortlich.
3. Die Geschäftsführung ist für die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung verantwortlich.
4. Die Geschäftsführung hat über Einnahmen und Ausgaben Buch zu führen. Der von der Geschäftsführung erstellte und vom Vorstand zu beschließende Jahresabschluss ist von zwei von der Mitgliederversammlung zu bestellenden Rechnungsprüfern zu prüfen und der Mitgliederversammlung vorzulegen.
5. Die Geschäftsführung bereitet den Haushaltsvoranschlag vor.

§ 15 Auflösung des Vereins

Für die Auflösung des Vereins gelten die gesetzlichen Vorschriften.

Berlin, Dezember 2010